

Pressemitteilung

Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für Forstpolitik darf nicht konterkariert werden

Elverfeldt: „Bundesminister Cem Özdemir darf diesen Anspruch nicht durch die Unterstützung des Green Deals gefährden!“

Berlin, 23. November 2022. Anlässlich des EU-Agrarrats in Brüssel hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in dieser Woche betont, dass die Zuständigkeit für die Forstpolitik aufgrund des reichhaltigen Wissens und der praktischen Erfahrungen bei den Mitgliedstaaten bleiben müsse. „Wir können dem BMEL nur zustimmen: Die Mitgliedsstaaten brauchen in der Waldpolitik keine neuen Vorgaben aus Brüssel, sondern größere Spielräume, um ortsangepasste Lösungen für klimaangepasste und biodiversitätsreiche Wälder anbieten zu können. Folgerichtig wäre es dann aber, wenn Bundesminister Cem Özdemir diesen Anspruch nicht durch die Unterstützung des EU Green Deals konterkariert, sondern in Brüssel den eigenen Regelungsanspruch mit klaren Worten einfordert“, erklärt Max v. Elverfeldt, der Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst.

Die als Teil des EU Green Deals beschlossene EU-Biodiversitätsstrategie sieht unter anderem vor, 10 Prozent der Landflächen Europas sich selbst zu überlassen und jegliche wirtschaftliche Nutzung dieser Flächen in Zukunft komplett zu untersagen. Aktuell hat die EU-Kommission mit dem Entwurf eines *Nature Restoration Law* auch erste gesetzgeberische Tätigkeit entfaltet, um dieses Ziel mit neuen Vorgaben an die Mitgliedsstaaten zu erreichen. „Anstatt den Mitgliedstaaten und den Waldbesitzenden vor Ort pauschale Vorgaben hinsichtlich ihrer Waldbaustrategie zu machen, sollten viel eher Anreize für eine aktive Waldbewirtschaftung gesetzt werden. Denn ein Wald, der aktiv bewirtschaftet wird, bindet nachweislich mehr CO₂ als ein Wald, der nicht bewirtschaftet wird.“

Die Familienbetriebe Land und Forst sind ein freiwilliger Zusammenschluss von Eigentümern, die mit ihren Betrieben für gut 50.000 Unternehmer, Mitarbeiter und Familienmitglieder stehen. Unsere Mitgliedsbetriebe tragen Verantwortung für rund 5 Prozent der land- und forstwirtschaftlichen Fläche in Deutschland. Sie bewirtschaften ihre Flächen nachhaltig und denken in Generationen. Unser Ziel ist es, Mehrwert für unsere Gesellschaft zu schaffen und das Bewusstsein für die Anliegen von familiengeführten land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zu stärken. Der Verband setzt sich daher für den Schutz des privaten Eigentums und die Stärkung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum ein. Im ständigen Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit engagieren sich die Familienbetriebe Land und Forst für eine verantwortungsvolle und generationsgerechte Politik.

Pressekontakt: Juliane Ahrens, Leiterin Kommunikation, Familienbetriebe Land und Forst e.V.,
Tel.: 030 -246 30 46 11, ahrens@fablf.de